EBERSBERGER UMSCHAU

Jan. 81

Mitteilungsblatt der SPD für die Bürger der Kreisstadt Ebersberg

SPD Ebersberg fordert sozialen Wohnungsbau

Schon Anfang 1980 brachte die Stadtratsfraktion der Ebersberger Sozialdemokraten einen Antrag auf sozialen Wohnungsbau ein. Mittlerweile hat sich für die Kommune durch verschiedene Grundstücksveräußerungen die Möglichkeit ergeben, Bauflächen für sozialen Wohnungsbau bereitzustellen. Im Bereich des „Sperrholzwerkgeländes", zwischen dem S-Bahnhof und dem Stadtteil Süd-West, hat die Stadt Ebersberg ein entsprechendes Angebot bekommen. Hierzu werden bereits Verhandlungen mit der Gemeinnützigen Wasserburger Wohnungsbaugenossenschaft geführt. Derzeit geht man von über 30 Wohnungen bei dieser Baumaßnahme aus.

Falls die Verhandlungen der Stadt in dieser Angelegenheit erfolgreich weitergeführt werden, könnte der Stadtrat zu dem jetzigen Projekt an der Ringstraße ein weiteres soziales Wohnungsprojekt beitragen.

Da bei dieser Baumaßnahme der Abenteuerspielplatz mit als Baufläche verwendet werden würde, fordert die Ebersberger SPD ein sofortiges Ersatzgelände für diesen Spielplatz. Der Verein Abenteuerspielplatz und seine Spielangebote bzw. Programme, ist für die Kinder der Kreisstadt und insbesondere in Süd-West eine feste Institution geworden. Die Stadt sollte sich daher schon jetzt bemühen, einen geeigneten neuen Standort für die „Abenteurer" zu finden. Denn: Kommunikationseinrichtungen hat der Stadtteil Süd-West ohne hin nicht zu viel!

Liebe Ebersberger Mitbürger!

Mit der vorliegenden vierten Ausgabe der „Ebersberger Umschau" versuchen wir erneut durch bürgernahe Informationen, vor allen Dingen aus der Stadt- und Kreispolitik, aber auch mit einem Beitrag zur Landespolitik, auf unsere Arbeit hinzuweisen. Nachdem wir im vergangenen Bundestagswahlkampf viermal die „Zeitung am Sonntag" an über 90 % der Ebersberger Haushalte verteilten, soll die „Ebersberger Umschau" aus Sicht der Sozialdemokraten einen Beitrag zum Dialog Bürger und Kommunalpolitiker bedeuten.
Als besonderen Service bringen wir eine Wahlanalyse des Bundestagswahlergebnisses in allen 7 Wahlbezirken und dem Briefwahlergebnis in der Kreisstadt. Erstmals befindet sich in unserem Blatt auch ein eigener Teil zur aktuellen Kreispolitik.

Tips und verschiedene Hinweise sollen unsere Ortszeitung abrunden. Wir möchten es aber nicht versäumen, allen Bürgern – insbesondere auch den Neubürgern – ein gutes und für sie zufriedenstellendes neues Jahr zu wünschen!

Mit herzlichen Grüßen –
Ihre Ebersberger Sozialdemokraten

Stadtentwicklung in Ebersberg

Stadtentwicklung unter Beachtung der Umweltbelange und den finanziellen Möglichkeiten der Kreisstadt

Mit der Ausweisung des Baugebietes Süd-West anfang der 60er Jahre begann die eigentliche städtebauliche Entwicklung der Kreisstadt Ebersberg. Parallel zu den folgenden Bautätigkeiten, vor allen Dingen im Bereich Nord-West und im Osten zwischen Weinleite und Abt-Häfele-Straße – bis hin zu den jüngsten Baugebieten Dachsberg und Eggerfeld, mußte die Kommune die nötigen Erschließungsmaßnahmen wie Straßenbau, Wasserversorgung und Errichtung eines Abwassersystems durchführen. Nach jahrzehntelanger Diskussion wurde dann – nicht unumstritten – am Rande des Ebersberger Forstes ein Gewerbegebiet ausgewiesen. Der Neubau einer Grundschule mit Turnhalle und Schwimmbad, die Errichtung eines neuen Feuerwehrhauses, sowie die vom Landkreis getätigten Baumaßnahmen; Realschule, Kreiskrankenhausneubau- und -umbau sowie Neubau des Landratsamtes, gehören zu den markantesten Bauwerken im Stadtbild der Kreisstadt. Der 1972 erfolgte S-Bahnanschluß und die mit den Jahren folgende Bahnhofssanierung, sowie die neue Post in der Eichtalstraße, waren und sind für Ebersberg ebenfalls von großer Bedeutung. Die finanziellen Belastungen der erwähnten kommunalen Investitionen, insbesonders die derzeitigen Finanzierungsschwierigkeiten hinsichtlich der Kläranlagensanierung und -erweiterung, haben den Handlungsspielraum der Kommune für die nächsten Jahre sehr eingeschränkt. Das von der CSU in den Kommunalwahlen 78 für die jetzige Legislaturperiode versprochene Bürgerzentrum ist somit endgültig zur Utopie geworden. Über die Konzeption und die zu erfüllenden Aufgaben eines späteren Bürgerzentrums in Ebersberg, will der kommunalpolitische Arbeitskreis in der SPD-Ebersberg trotzdem in der nächsten Zeit lebhaft diskutieren, um die Bürgermeinung kennenzulernen und realistische Möglichkeiten in planerischer und baulicher Hinsicht zu entwickeln.

Aspekte

Bezüglich jeglicher Bestrebungen von Kommunalpolitikern, in und um Ebersberg künftig noch expansive Bauplanung

Fortsetzung von Seite 1

zu betreiben, gilt es diese Pläne kritisch vor dem Hintergrund der wunderschönen Ebersberger Umwelt zu diskutieren. Die Erholungslandschaft um Ebersberg muß in jedem Falle erhalten bleiben. Ob es angesichts der durch Endmoränen geprägten Landschaft dann überhaupt noch sinnvoll ist, ähnlich wie am Eggerfeld oder am Dachsberg große Wohnungsbaugebiete auszuweisen, muß in einer Grundsatzdiskussion über die Stadtentwicklung Ebersberg besprochen werden. Natürlich brauchen wir auch künftig Wohnungsbau, – verstärkt sozialen Wohnungsbau. Nichtzuletzt die einheimische Jugend hat einen Anspruch auf geeigneten Wohnraum, hinsichtlich der Familienbildung der jungen Generation. Dazu ist es aber notwendig, gerade im Stadtbereich Baulücken planvoll mit vornehmlich sozialem Wohnungsbau zu schließen und durch gezielte Sanierung Wohnraum zu erhalten und zu verbessern. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt für die 80er Jahre!
Die Gesamtplanung der Stadtentwicklung muß den Dialog mit dem Bürger zur Voraussetzung haben. Speziell die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker wollen diesen Dialog mit dem Bürger anregen und betreiben.

Für die Entwicklungsplanung von Ebersberg ist es von großer Bedeutung, städteplanerische Belange in ihrer Vielfältigkeit zu berücksichtigen. Grundlage hierfür ist ein Zusammenwirken aller baulichen und planerischen Maßnahmen unserer Kreisstadt, wie beispielsweise Wohnungsbau, Verkehr, Versorgungseinrichtungen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Grünflächenplanung im Stadtgebiet, Sanierung und nicht zuletzt Denkmalschutz. Diese Planungsfaktoren sind bezüglich einer künftigen Flächennutzungsplan-Fortschreibung von großer Bedeutung und in ihm zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig zu prüfen, inwieweit die als Mittelzentrum ausgewiesenen Nachbarstädte Grafing und Ebersberg in planerischer Hinsicht dieser Funktion durch Koordination gerecht werden können. Bisher sind die Kontakte und die Zusammenarbeit der beiden Kommunen noch nicht ausreichend. Beim anstehenden Raumordnungsverfahren für die Neutrassierung der B 304 als Ortsumgehung von Ebersberg, sind sich die Nachbarstädte noch nicht näher gekommen.

Unsere Initiativen

Die Ebersberger SPD wird die hier dargelegten Problemfelder in ihren nächsten Ortsvereinssitzungen diskutieren. Bürger, die daran interessiert sind und mit diskutieren wollen, können sich an die Redaktion der „Ebersberger Umschau" wenden, oder unter Beachtung der Veranstaltungshinweise in den beiden Ebersberger Zeitungen unsere Ortsvereinsversammlungen besuchen.

E. S.

Sieghartsburg

NICHT NUR IN DER FASCHINGSSAISON VON BEDEUTUNG FÜR DAS GESELL - SCHAFTLICHE LEBEN IN EBERSBERG

Seit dem 2. Dezember 1980 hat die Stadt Ebersberg, vorerst noch mit einem mündlichen Vertrag, den Saal der Sieghartsburg gepachtet. Diese Maßnahme war im Sinne des gesellschaftlichen Lebens in Ebersberg dringend notwendig. Denn die vormaligen Pächter konnten die Erwartungen sowohl der Besucher und der Veranstalter in keiner Weise erfüllen. Nachdem nun aufgrund veränderter Verhältnisse der bisherige Pächter auch die Bewirtschaftung des Lokals aufgeben muß, hat die Brauerei der Stadt zugesichert, daß während der Faschingssaison die Lokalküche für die Bewirtschaftung des Saalbetriebes bereitgestellt wird. Somit kann auf die ursprünglich vorgesehene „Notküche" zur Verpflegung bei Faschingsveranstaltungen verzichtet werden. Mittlerweile bemüht sich die Brauerei, einen neuen Pächter für den Gastronomiebetrieb der Sieghartsburg zu finden. Die SPD-Fraktion hat nun die Überlegung eingebracht, daß die Stadt auch das Sieghartsburg-Lokal als Pächter übernehmen könnte. Natürlich hängt dies von den Konditionen eines solchen Pachtvertrages ab. Die Stadt könnte somit einen Unterpächter ihrer Wahl finden, der als solider Wirt die Sieghartsburg als eine Einheit wieder voll funktionsfähig bewirtschaftet. Denn eine getrennte Bewirtschaftung des Lokals und des Saalbetriebes wäre auf die Dauer eine zu komplizierte „Notlösung". Im Interesse des Ebersberger Vereinslebens und des sonstigen gesellschaftlichen Lebens, wäre eine Lösung i Sinne des SPD-Vorschlages sicherlich wünschenswert.

Tips für Jugendliche

Jugendliche, die Interesse an der Mitarbeit in einer Jugendgruppe haben, oder über die verschiedenen Neigungsgruppen Informationen wollen, können sich jeden Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag ab 19^{00} persönlich erkundigen, oder einfach anrufen:
Jugendtreffpunkt an der Floßmann - straße - Tel.: 2 29 29 - R.S

B 304 - keine Einigung

1980 für die B 304 ein verlorenes Jahr

Noch bei Jahresbeginn tönte es aus dem Ebersberger Rathaus, mit dem Bau der Umgehungsstraße, Bundesstraße 304 – Ebersberg, werde in Kürze begonnen. Jetzt ist, wie in der Bürgerversammlung bekannt wurde, voraussichtlich im Frühjahr 1981 mit dem Beginn des Raumordnungsverfahrens zu rechnen.

Auf eine der vorgeschlagenen Trassenführungen konnte bisher zwischen der Stadt Ebersberg und der Stadt Grafing keine Einigung erzielt werden. Hier stellt sich die Frage, ob überhaupt und wie oft ernsthafte Einigungsverhandlungen geführt wurden.

Es bleibt also der bisherige untragbare Zustand erhalten – totale Überlastung des innerstädtischen Verkehrs und nach wie vor die unzumutbare Lärmbelästigung der Patienten im Kreiskrankenhaus.

Adametz

Aus dem Kreistag Ebersberg
Investitionszuschüsse an Gemeinden und Vereine für Sportstätten

In der Sitzung am 13. Nov. 1980 faßte der Kreisausschuß folgenden Beschluß: Der Kreisausschuß beschließt, aufgrund der Erhöhung der Kostenpauschalen und der zugrundeliegenden beihilfefähigen Kosten folgende Zuwendungen zu erhöhen:

Gemeinde Oberpframmern, Bau einer Mehrzweckhalle von DM 90.000,– auf DM 127.000,–

Gemeinde Markt Schwaben, Bau einer Schulturnhalle von DM 90.000,– auf DM 110.000,–

Stadt Grafing, Bau einer Dreifachturnhalle von DM 600.000,– auf DM 775.000,–

Gemeinde Kirchseeon, Umbau der ATSV-Turnhalle von DM 53.000,– auf DM 95.000,–

Dem Kreistag liegen folgende neue Zuschußanträge vor:

TSV Steinhöring. Errichtung eines Sportbetriebsgebäudes mit Umkleideräumen und Toiletten (Um- und Ausbau) und Bau eines zweiten Sportplatzes. Da keine Zahlen für die Ermittlung der Zuwendungen für 1980 vorgelegt werden konnten, muß die Entscheidung auf das Haushaltsjahr 1981 verschoben werden.

Gemeinde Vaterstetten. Errichtung eines gemeindlichen Sportzentrums in Vaterstetten (Stadion mit Tribüne, Umkleideräume, Turnsaal und Nebenspielfelder). Da die Maßnahme 1981 begonnen werden soll und genaue Zahlen über die förderungsfähigen Kosten nicht vorliegen, kann über den Antrag erst im Haushaltsjahr 1981 entschieden werden.

Adametz

Impressum für die Innenseiten: Herausgeber: SPD-Kreisverband-Ebersberg, Vorsitzender: Peter Dingler, 8011 Vaterstetten

SPD will Kommunalpolitik mehr mit Land und Bund verzahnen

Umdenken bei Zuschüssen für Gemeinden tut not

Auch wenn es unwahrscheinlich klingt, das gibt es wirklich: Daß eine Gemeinde zwar dringend einen (weiteren) Kindergarten braucht, stattdessen aber erst einmal ein weniger dringend benötigtes Altenheim bauen „muß" – weil's halt gerade Zuschüsse von Land und/oder Bund für Altenheime gibt, nicht aber für Kindergärten.

Denn Städte und Gemeinden sind kaum noch in der Lage, aus eigenen Mitteln, ohne Hilfe „von oben", größere Projekte zu verwirklichen – es fehlt das Geld. Und wenn dann gerade in den Landesplanungen Zuschüsse für Altenheime statt für Kindergärten eingesetzt sind, dann – siehe oben.

In der SPD nun tut sich was, um den Stadt- und Gemeindevätern („Mütter" sind übrigens auch mehr und mehr dabei) wieder mehr Entscheidungsspielraum über das einzuräumen, wofür sie schließlich von ihren Mitbürgern gewählt worden sind, für die politische und organisatorische Ausgestaltung des Lebens in der Kommune.

Als ein Ergebnis der ersten ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik" (SGK) hat jedenfalls Herbert Wehner, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, eine engere Zusammenarbeit der SPD-Fraktionen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene gefordert und gefördert. Es gibt jetzt, wenige Wochen nach der SGK-Konferenz, bereits einen Beauftragten für diese Arbeit: den früheren stellvertretenden SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Professor Friedrich Schäfer.

Sicherlich – gut Ding will Weile haben. Aber wenn, sagen wir mal so in einem Jahr, statt eines Kindergartens wieder ein Altenheim gebaut wird (es gibt natürlich auch den umgekehrten Fall, daß Altenplätze fehlen!), wenn also etwas gebaut wird, was eigentlich nicht so dringend ist, dagegen anderes vertagt werden muß, dann fragen Sie doch bitte einmal bei der SPD nach, warum das immer noch so ist.

Ein Thema wird wieder aktuell

Zur Wiederaufnahme der Bodenrechtsdiskussion

Arbeitskreis der Jusos zu Boden- und Wohnungsfragen

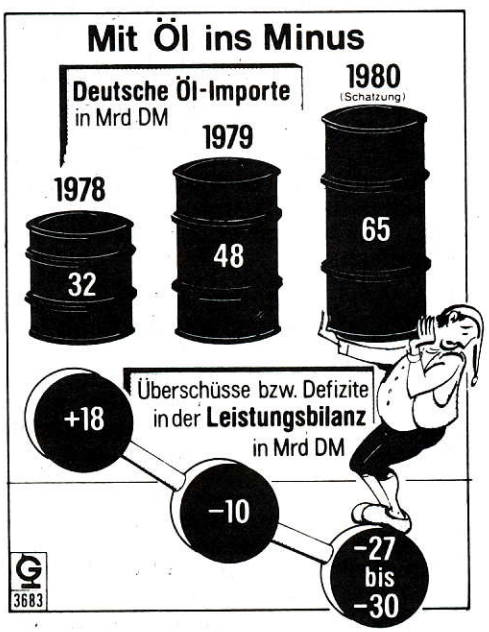
Seit Oktober des Jahres beschäftigt sich ein Arbeitskreis der Ebersberger und Grafinger Jungsozialisten mit der Problematik der Boden- und Wohnungsfragen. Hierbei wurden zunächst einmal die Mechanismen der Preisbildung in Zusammenhang der Faktoren Angebot und Nachfrage in Relation zur Bodenspekulation untersucht. Die Jusos wollen so auch einen Diskussionsbeitrag zur Gesamtdiskussion eines neuen Bodenrechtes innerhalb der Sozialdemokratischen Partei liefern. Angelehnt an die Forderung der Ebersberger SPD-Stadträte nach vermehrtem sozialen Wohnungsbau, wollen die Jusos konkrete Möglichkeiten zur Errichtung von neuem und sozialem Wohnraum prüfen. Zum nächsten Bundesparteitag der SPD soll gar ein eigener Antrag für die Reform des Bodenrechtes gestellt werden. Grundlage für diese Reform sollen folgende Überlegungen sein:

1. Schwerwiegende Mängel unserer geltenden Bodenordnung wirken tief hinein in alle Lebensbereiche jedes einzelnen. Die Reform der Bodenordnung soll deshalb mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit für unsere Bürger schaffen.

2. Die Gemeinden benötigen ausreichende Eingriffsmöglichkeiten, (z.B. absolutes Vorkaufsrecht der Gemeinde bei innerstädtischem Boden, der verkauft werden soll) damit nicht der höchste private Gewinn, sondern Wirtschaftlichkeit und soziale Rücksichtnahme, Abwechslungsreichtum und Funktionsfähigkeit gleichermaßen unsere Stadtplanung bestimmen.

3. Gerechterer Zugang zu Nutzungsmöglichkeiten für Grund und Boden für alle Bürger zur Befriedigung ihrer Wohnbedürfnisse.

Klar muß hierbei sein: Diese Reformmaßnahmen richten sich nicht gegen die große Zahl der Haus- und Eigenheimbesitzer, sondern ausschließlich gegen die großen Spekulanten, die einen geregelten und an den sozialen Bedürfnissen orientierten Wohnungsbau unmöglich gemacht haben. Die Jusos wollen Wohnungen für Familien mit Kindern, für junge Ehepaare, junge Leute und auch ältere Menschen, die im Rahmen ihrer Einkünfte auch gezahlt werden können.



SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Rothemund zur Regierungserklärung

Strauß steht mit leeren Händen da

Der bayerische Ministerpräsident zeigte in seiner Regierungserklärung zur Halbzeit keinen Mut zu klaren Aussagen. Er nannte keine neuen Ziele und Gesichtspunkte der Landespolitik, er stand sowohl hinsichtlich der Bilanz seiner bisherigen Tätigkeit als auch bezüglich der Vorhaben für die Zukunft mit leeren Händen da.

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Rothemund kritisierte im einzelnen, daß die CSU-Regierung weder bei der Bekämpfung der Bürokratie Fortschritte erzielte – die Flut von Verordnungen und Bestimmungen z. B. aus dem Kultusministerium habe eher noch zugenommen –, noch die wichtigsten versprochenen Gesetzesvorhaben erfüllt habe. So sei sie bei der Novellierung des Naturschutzgesetzes ebenso in Verzug wie beim Landesentwicklungsprogramm oder beim Landesplanungsgesetz.

Eine „Meisterleistung" sei der CSU-Regierung allerdings mit dem Gesetz der beruflichen Bildung gelungen. Rothemund forderte Strauß auf, sich mit diesem Durcheinander zu befassen, statt sich um EG-Vorschriften für eine Rasenmäher zu bekümmern.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende bedauerte ferner, daß der Ministerpräsident zu den Auswüchsen der Bodenpreissteigerungen, vor allem in den Großstädten, geschwiegen hat. Die SPD-Fraktion werde daher ein Hearing zu den Bodenpreisen durchführen, um die Staatsregierung auch auf diesem Gebiet zum Handeln zu zwingen. Ein breites Kapitel widmete Rothemund der Schulpolitik. Er stellte fest, daß die CSU heute die Gesamtschule ebenso ablehne wie sie vor einigen Jahren die Gemeinschaftsschule abgelehnt hatte. Die Dreigliedrigkeit unseres heutigen Schulwesens entspreche dem elitären Bewußtsein einiger Studien- und Oberstudienräte, aber nicht der Idee einer demokratischen Gesellschaft.

Das Argument des Ministerpräsidenten, das dreigliedrige Schulsystem benachteilige niemanden, sei nicht haltbar. In der Gesamtschule würden vielmehr wesentlich mehr Kinder der sozialen Unterschicht höhere und mittlere Abschlüsse erreichen.

Zu den landespolitischen Schwerpunkten der SPD gehöre die Auseinandersetzung um mehr Liberalität (im Januar wird darüber eine Interpellation im Landtag stattfinden), der Kampf um eine bessere Schule, die Forderung nach mehr Mitwirkung der Bürger in Staat und Gesellschaft, der Kampf um die Selbstverwaltungsfreiheit der Gemeinden, aber auch die intensive Bemühung um eine Verbesserung der Arbeitsplätze und um die Verbesserung der Bedingungen am Arbeitsplatz. Die SPD werde sich weiter für die Verbandsklage einsetzen und fordern, daß die Instrumente der Landesplanung stärker in den Dienst der Ökologie gestellt werden.

Rothemund legte dar, daß die SPD-Landtagsfraktion in den vergangenen zwei Jahren 38 Gesetzentwürfe und über 800 Anträge eingereicht habe. Die meisten Initiativen seien allerdings abgelehnt worden. Wie die Vergangenheit zeige, greife die CSU sozialdemokratische Initiativen allerdings häufig auf, wenn auch erst nach Jahren oder Jahrzehnten – eine Verzögerung zum Nachteil des Landes. Es sei geschichtliche Wahrheit, daß die CSU niemals der Motor der Entwicklung gewesen ist, sondern vielmehr immer im Bremserhäuschen saß. Rothemund erinnerte daran, daß die CSU die einklassige Dorfschule verteidigte, gegen den Mütterpaß und die Röntgenreihenuntersuchung war, zunächst keine Notwendigkeit für ein Naturschutzgesetz sah und jahrelang ein Landesplanungsgesetz blockierte.

Teurer Ministerpräsident

SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Rothemund zog auch eine Bilanz der persönlichen Tätigkeiten des Ministerpräsidenten. Er stellte fest, daß Strauß 1980 bis zu seiner Regierungserklärung und mit Ausnahme der Beantwortung einiger mündlicher Anfragen nur ein einziges Mal das Wort im Landtag ergriffen habe, nämlich bei der Verabschiedung des Gesetzes über den Maximiliansorden. Rothemund: „Der Ministerpräsident kann mit Recht für sich in Anspruch nehmen, in den letzten zwei Jahren der teuerste Teilzeitbeschäftigte gewesen zu sein, den Bayern jemals hatte."

Neo-Nazis: Haben wir es uns zu leicht gemacht?

Umfragen: Erschreckende Unkenntnis über Nationalsozialismus

Eine Woche vor der Bundestagswahl ging beim Münchener Oktoberfest eine Bombe hoch, gezündet von einem Rechtsextremisten; dreizehn Tote und mehr als 200 Verletzte schreckten die Nation auf. Acht Wochen nach der Wahl kämpfte ausgerechnet jene rechtsradikale Truppe, die im Zusammenhang mit dem Attentäter immer wieder genannt werden mußte, vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen ein vom Bundesinnenminister ausgesprochenes Verbot dieser „Wehrsportgruppe Hoffmann"; vergeblich, glücklicherweise – zumindest diese Gruppe von Neonazis bleibt verboten.

Fast jedermann neigt dazu, unangenehme Nachrichten zu verdrängen. Das Münchner Attentat gegen arglose Volksfestbesucher wurde aus dem Bewußtsein verdrängt, der Hoffmann-Prozeß erst kaum zur Kenntnis genommen. Aber genau das darf nicht sein, daß die Bundesbürger 35 Jahre nach dem Ende des bisher furchtbarsten aller Kriege immer noch (oder schon wieder) den Blick vor den Ursachen dieses Übels verschließen: Neonazismus und Rechtsextremismus.

Dazu SPD-Vorsitzender Willy Brandt: „Wenn wir dann aus immer zu relativierenden Umfragen erfahren, daß ein Viertel der befragten Bundesbürger der Aussage zustimmen, der Nationalsozialismus sei eine im Grunde gar nicht so schlechte, sondern nur eine schlecht ausgeführte Idee, und wenn mehr als ein Drittel der über Dreißigjährigen die Annahme gutheißen, Hitler wäre ohne den Krieg einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen, dann wirft dies ernste Fragen auf: Hat sich unser Staat und hat es sich eine Großzahl der Bürger unseres Landes nicht lange Zeit zu leicht gemacht mit der Bewältigung der auf uns überkommenen Hypotheken?"

Und weiter: „Menschenfeindlicher Extremismus und Terrorismus lassen sich weder rechts noch links begründen. Sie sind und bleiben verbrecherisch. Und es macht immer wieder betroffen mitzuerleben, wie selbstgerecht noch heute einige an der Verharmlosung der extremistischen Gefahren festhalten. Auch wenn es nicht die geringste Gefahr im Innern gäbe, unsere Stellung in Europa und unsere Geltung in der Welt machen es jedenfalls erforderlich, den Strich unter die Nazi-Vergangenheit nicht verwischen zu lassen."

„Wenn der Ölhahn einmal wirklich abgedreht würde, bekämen dies zuerst die Autofahrer zu spüren, dann blieben im Winter die Zimmer kalt, aber die Lichter gingen nicht aus."
Erhard Eppler

„Die politische Alternative kann nicht in der Askese bestehen, sondern in der besseren Nutzung von Energie." *Erhard Eppler*

Seestadt erhalten

Auf seiner letzten Mitgliederversammlung am Freitag, dem 19.12.80, befaßte sich der SPD-Ortsverein Ebersberg unter anderem mit der Frage, ob eine Sanierung des Familienbades Klostersee und des anliegenden ehemaligen Staudenrausanwesens sinnvoll ist.

Ortsvorsitzender Ewald Schurer meinte dazu, daß die Stadt Ebersberg derartige Sanierungsprojekte nicht nur vor dem Hintergrund rein finanzieller Erwägungen diskutieren kann, sondern sowohl beim Familienbad Klostersee, als auch beim ehemalig idyllisch schönen Café Staudenraus, die gewachsene Zugehörigkeit dieser Einrichtungen zum alten Stadtbild Ebersbergs berücksichtigen muß.

Eine Belebung und nach den finanziellen Möglichkeiten der Kommune ausgerichtete Sanierung des Bades und des ehemaligen Cafés, betrachte der Vorstand der Ebersberger Sozialdemokraten demnach als sinnvoll.

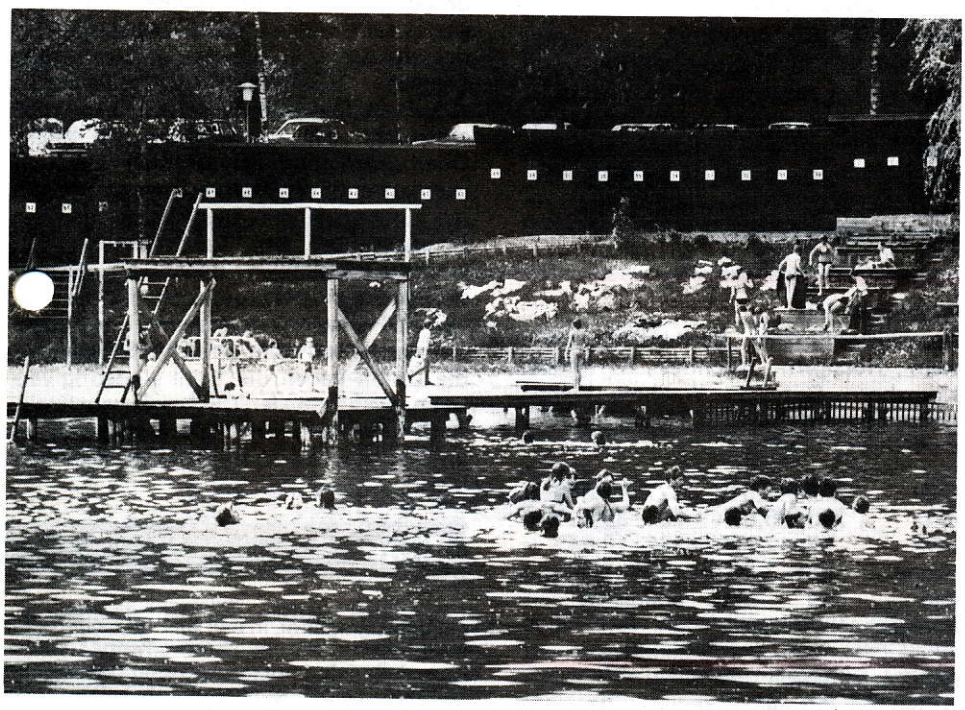
Die Mitgliederversammlung der SPD verabschiedete daher folgenden Antrag:

Das Familienbad am Klostersee muß den Ebersbergern in seiner jetzigen Form erhalten bleiben. Eine „Auflassung" des Bades würde bedeuten, daß eine Bewirtschaftung der Badegäste nicht mehr möglich wäre – und damit verbunden,

- künftig keine Umkleidekabinen zur Verfügung stünden,
- sowie die Sicherheit der Badegäste zumindest gefährdet würde.

Die Badeeinrichtungen sollen in den nächsten Jahren im Rahmen der finanziellen Mittel teilsaniert werden, um einen geordneten Badebetrieb auch weiterhin zu ermöglichen. Die Ebersberger SPD setzt sich ferner dafür ein, das von der Stadt erworbene „Staudenraushaus" durch Sanierung zu erhalten. Die Sanierung soll sich ebenfalls an den finanziellen Möglichkeiten der Kommune orientieren. Zudem fordert der SPD-Ortsverein, das Haus für die Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. In Zusammenhang mit den unzureichenden Räumlichkeiten des Jugendtreffpunktes an der Floßmannstraße, würde das ehemalige Café einen erweiterten Betrieb des Jugendzentrums ermöglichen.

SPD – Ebersberg



"So soll es bleiben" – die Ebersberger Sozialdemokraten wollen das Familienbad am Klostersee erhalten und teilsanieren.

UNSER VORSCHLAG

FÜR KINDER

Wie wär's mit einem Kinderparlament

- mit Freunden und Geschwistern
- in der Schule
- oder am Abenteurspielplatz

der Stadtjugendpfleger oder andere "Diplomaten" könnten dabei beratend mitwirken!!!

Für alle... die gern lesen und für alle,

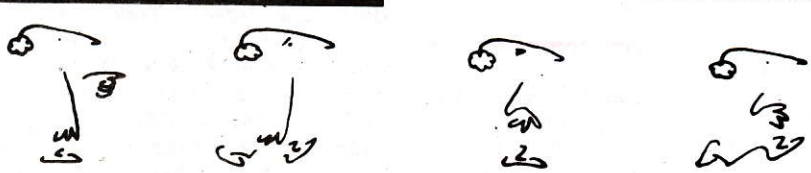
die Bücher für die Schule, zur Weiterbildung oder für ihr Hobby brauchen – gibt es in der Ebersberger Stadtbücherei an der Floßmannstraße mehr als 15.000 Bände, die kostenlos entliehen werden können; und zwar vom ersten Kinderbuch für die Kleinen bis zum Sachbuch oder den Roman für die Großen. Und damit niemand vor verschlossener Tür steht, hier die Öffnungszeiten:

Montag	von	17^{00} – 19^{00}
Mittwoch	von	16^{00} – 18^{00}
Freitag	von	16^{00} – 18^{00}
Samstag	von	9^{00} – 11^{00}

in der Stadtbücherei an der Floßmannstraße

„Der Ölpreis, der die Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer ruiniert, wird sich nicht beruhigen, solange wir immer neue Autobahnen für immer mehr Autos bauen."

Erhard Eppler



Da, die Bücherei ist toll, nichts wie hin !

Bundestags-Wahlergebnisse

CSU verlor fast fünf Prozent gegenüber 1976 — SPD konnte sich knapp behaupten — FDP gewann deutlich hinzu!

Der Vorstand der Ebersberger SPD legte in seiner Novembersitzung eine detaillierte Auswertung des Bundestagswahlergebnisses vom 5. Oktober 1980 vor. Besonders interessant für die Sozialdemokraten sind hier die unterschiedlichen Stimmenanteile in den sieben Wahlbezirken, wo die SPD zwischen knapp 40% im Stimmkreis V in Süd-West und mit unter 10% in Oberndorf erhebliche Unterschiede aufzuweisen hat. In der folgenden Tabelle können Sie das Wahlergebnis in Ihrem Stimmkreis mit anderen Wohnbezirken und dem Gesamtergebnis der Kreisstadt vergleichen.

Wahlbezirk I:
Adalbero-, Weinleite, Attenb.-, Schill.-, A. Birkmaier-, Augustiner-, Bahnhofspl., Bahnhofs-, Benediktiner-, Eichtal-, Gsprait, Haselbach, H.-Vogl-, Hindenburg-, Jesuiten-, Kalteneck, Kaps, Kriegersiedl., Laufinger-, Marienplatz, Moossteffel-, Perner-, Rauwagner-, Reith, Rick-, Riedhof, Rosenheimer-, Schloßplatz, Schweden-, Valentin-, Wasserburger Straße (-Gasse oder Weg/Allee)

	Erst-	Zweitstimmen
CSU	447=58,66%	444=57,51%
SPD	237=31,10%	231=29,92%
FDP	43= 5,64%	70= 9,06%
Grüne	35= 4,59%	19= 2,46%
von	762 bzw.	772 gültig

abgegebenen Stimmen

Wahlbezirk II:
Abt-Eckhard-, Abt-Häfele-, Am Priel, Anzinger Siedl., Anzinger-, Eberhard-, Eggerfeld, Gmaind, Haselbacher-, Hohenlindener-, Kapellen-, Kleinmühle, Lehrer-Schwab-, Ludwigshöhe, Malteser-, Mühl-, Richardis-, Sarreiter-, Schwabener-, Sempt-, St. Hubertus, Siegharts-, Straße (-Gasse oder Weg)

	Erst-	Zweitstimmen
CSU	405=59,65%	411=60%
SPD	200=29,45%	196=28,61%
FDP	54= 7,95%	62= 9,05%
Grüne	20= 2,95%	14= 2,05%
von	679 bzw.	685 gültig

abgegebenen Stimmen

Wahlbezirk III:
Abt-Williram-, Am Reither Berg, Scheiblerfeld, Balde-, Benno-, Scharl-, Böhmerwald-, Dachsberg, Haggenmiller-, Hinteregglburg, Im Tal, Josef-Maier-Prom., Reitwies-, Schlesische-, Sudetenstraße (-Weg)

CSU	357=55,87%	364=56,61%
SPD	197=30,83%	177=27,53%
FDP	60= 9,39%	90=14,00%
Grüne	23= 3,60%	9= 1,40%
von	639 bzw.	643 gültig

abgegebenen Stimmen

Wahlbezirk IV:
Bgm.-Eichberger-, Bgm.-Meyer-, Bgm.-Müller-, Candid-Huber-, Egglsee, Floßmann-, Kurt-Rohde-Pl., Münchener-, Paulhuber-, Pf.-Bauer-, Pf.-Guggetzer-, Pleininger-, Schmederer-, Ulrich-, Von-Feury-, Von-Scala-, Vorderegglburg, Wildermuthstraße.

CSU	372=60,29%	379=60,25%
SPD	200=32,41%	195=31,00%
FDP	32= 5,19%	44= 7,00%
Grüne	13= 2,11%	5= 0,80%
von	617 bzw.	629 gültig

abgegebenen Stimmen

Wahlbezirk V:
Asslkofen, Dr.-Wintrich-, Heuberg-, Hochfelln-, Hörmannsdorf, Kampenwand-, Pötting, Reitgesing, Ringstraße.

CSU	302=47,78%	299=46,94%
SPD	246=38,92% +	248=38,93% +
FDP	56= 8,86% +	69=10,83% +
Grüne	25= 3,96%	21= 3,30%
von	632 bzw.	637 gültig

abgegebenen Stimmen

Wahlbezirk VI:
Alpen-, Asslkofener-, Breitenstein-, Brünnstein-, Hochgern-, Hochries-, Karwendel-, Kranzhorn-, Rotwand-, Wallberg-, Wendelstein-, Zugspitzstraße.

CSU	325=47,51%	327=47,46%
SPD	243=35,53% +	231=33,53% +
FDP	87=12,72% +	116=16,84% +
Grüne	26= 3,80%	11= 1,60%
von	684 bzw.	689 gültig

abgegebenen Stimmen

Wahlbezirk VII:
Apfelkam, Altmannsberg, Au, Bärmühle, Dieding, Englmeng, Halbing, Kumpfmühle, Langwied, Mailing, Motzenberg, Neuhausen, Obdf.-Schul-, Oberlaufing, Oberndorf, Pollmoos, Rinding, Ruhensdorf, Siegersdorf, Traxl, Unterlaufing, Weiding, (-Str.)

CSU	426=85,89%	424=84,63%
SPD	45= 9,07%	45= 8,98%
FDP	20= 4,03%	27= 5,39%
Grüne	5= 1,00%	4= 0,80%
von	496 bzw.	501 gültig

abgegebenen Stimmen

Briefwahl:

CSU	394=58,20%	384=56,55%
SPD	161=23,78%	158=23,27%
FDP	90=13,29%	120=17,67%
Grüne	29= 4,28%	11= 1,62%

Gesamtergebnis: 5. Okt. 1980
im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 und zur Landtagswahl 1978

CSU 80	3028=58,39%	3032=57,92%
76	2530=61,51%	2590=62,33%
78	2221	2239

Erststimmenvergleich der Bundestagswahlen 1980 zu 1976: Minus 3,12% Zweitstimmenvergleich 1980 zu 1976: Minus 4,41%

SPD 80	1529=29,48%	1481=28,29%
76	1231=29,93%	1208=29,07%
78	1079	962

Erststimmenvergleich der Bundestagswahlen 1980 zu 1976: Minus 0,45%
Zweitstimmenvergleich 1980 zu 1976: Minus 0,78%

FDP 80	442=8,52%	598=11,42%
76	324=7,87%	329= 7,91%
78	393	394

Erststimmenvergleich 1980 zu 1976: Plus 0,65%
Zweitstimmenvergleich 1980 zu 1976: Plus 3,51%

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß SPD und FDP in Süd-West (Wahlbez. V und VI) gemeinsam vor der CSU liegen. Zudem hat die CSU im Zweitstimmenergebnis gegenüber 1976 fast 4,5% der Stimmen eingebüßt. Das gute Abschneiden der FDP entspricht der Entwicklung im Raum Oberbayern und ist letztlich auf den Bundestrend der letzten Bundestagswahlen zurückzuführen. Das Ausscheiden der Liberalen bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen haben die Demoskopen als eine Hauptursache für die s ken FDP-Gewinne bezeichnet. Das Hauptziel wurde souverän erreicht: Strauß und die Union haben die Wahl eindeutig verloren. Selbst in der CSU-regierten Kreisstadt Ebersberg fielen die Konservativen im Stadtteil Süd-West weit unter die 50%-Marke.

Zitate

„In dem Jahrzehnt, in das wir nun eingetreten sind, werden wir uns daran gewöhnen müssen, daß viele Impulse von den betroffenen Bürgern selbst ausgehen, daß Politik da gemacht wird, wo sie in der Demokratie Ausgang und Ziel haben soll: Bei dem Bürger, der nicht glauben kann und will, daß Politik nur im Vollzug von Sachzwängen bestehen soll."

Erhard Eppler

Impressum Ebersberger Umschau. Herausgeber SPD Ebersberg. Verantwortlich Ewald Schurer, Richardisweg 1, 8017 Ebersberg. Druck Offsetdruck ECK, Kirchenweg 5, 8011 Kirchseeon.